

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Sie lesen auf Seite 117:

* * *

Chinas wahre Macht

CHARLES ISSAWI

Der Westen und die Arabische Welt

Die nachfolgende Betrachtung wurde mit freundlicher Genehmigung des Royal Institute of International Affairs der Januarnummer der Monatsschrift „International Affairs“ entnommen.

Rückschläge auf allen Gebieten

Die ununterbrochene Reihe von Fehlschlägen, welche der Westen ¹⁾ in der östlichen Hälfte der Arabischen Welt in den letzten Jahren hinnehmen mußte, macht eine Überprüfung seiner Politik in diesem Gebiet erforderlich. Diese Politik beruhte, wenn auch nicht gerade auf der Idee der „Allmacht“, wie Professor D. W. Brogan es formulierte, so doch schließlich auf der Vorstellung einer umfassenden „Vollmacht“. Dennoch scheint gegenwärtig die Position des Westens in den arabischen Ländern schwächer zu sein als jemals zuvor während der vergangenen 150 Jahre. Diese Schwäche offenbart sich in jeder Hinsicht — ganz gleich, ob es sich nun um den moralischen, kulturellen, wirtschaftlichen, politischen oder militärischen Bereich handelt.

Auf der moralischen Ebene hat der Westen in den Augen der Araber allen Kredit eingebüßt. Der Westen wird als räuberischer Imperialist angesehen, immer bereit, über die schutz-

losen Asiaten und Afrikaner herzufallen und nur durch die Furcht vor russischen Gegenmaßnahmen in Schranken gehalten. Er wird als fanatischer Kriegshetzer geschildert, bestrebt, Atombomben abzuwerfen und die friedliebende Welt in das größte Entsetzen zu stürzen. Seine moralischen Versicherungen werden als Heuchelei abgetan. Phrasen wie „die freie Welt“, „die Würde des Individuums“, „christlich-abendländische Kultur“, oder „die Herrschaft des Rechtes“ lösen je nach der Verfassung des Zuhörers Hohn oder wütenden Ärger aus. Und ständig wird man an die Ereignisse in Palästina, Algerien, Suez, Kenia, Zypern und Little Rock erinnert. Andererseits werden die zahlreichen aus weisem staatsmännischen Denken heraus erfolgten Entscheidungen und die Beweise einer beispiellosen großzügigen Freigiebigkeit, die der Westen in den letzten 15 Jahren geliefert hat, wie die Freigabe Indiens und anderer Kolonialgebiete, der Marshall-Plan und die gewaltigen Hilfeleistungen für viele Länder entweder ignoriert oder wegdiskutiert.

Auf dem kulturellen Sektor hat der Westen ebenfalls einen schweren Rückschlag erlitten. Selbstverständlich ist die überwältigende Mehrheit der gebildeten Araber im Westen, oder zumindest vom Westen ausgebildet worden, und die so entstandenen Bindungen werden nicht so leicht aufgegeben. Aber das westliche Monopol auf dem kulturellen Sektor ist durchbrochen. Die sowjetischen Erfolge in Wissenschaft und Technik haben die Araber wie auch andere asiatische Staaten tief beeindruckt, und russische Literatur und Kunst beginnen, ihre Spuren zu hinterlassen. Heute sind sich die Araber über eines im klaren: die Isolierung vom Westen würde nicht bedeuten, daß sie von allen kulturellen

Quellen abgeschnitten würden, auch wenn der gebotene Ersatz weit weniger anziehend ist. Nichtsdestotrotz sind die kulturellen Bindungen wahrscheinlich der größte und einzige Aktivposten, der dem Westen bleibt, und dieser sollte umfassender ausgenutzt werden. ²⁾

Auf wirtschaftlicher Ebene ist der Rückschlag weit größer und erstreckt sich über einen größeren Wirkungsbereich. Zunächst ist festzustellen, daß die Araber zum ersten Male in der modernen Geschichte die Möglichkeit haben, sich den Markt für die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse und für die Einfuhr von Maschinen, Verbrauchsgütern und Rohmaterialien, die sie brauchen, auszuwählen. Aber auch hier ist der gebotene Ersatz für die bisherige Praxis nicht vollkommen. In Ägypten vermissen die Verbraucher aller Bevölkerungsschichten die pharmazeutischen Produkte, Haushaltswaren und Ausrüstungen, die früher von Westeuropa und Amerika eingeführt wurden, während der Mangel an westlichen Maschinen und Ersatzteilen der Wirtschaft schweren Schaden zufügt.

Gleichermaßen beginnt man sich darüber klar zu werden, daß die Handelsbeziehungen des Ostblocks für ägyptische Baumwolle keinesfalls so vorteilhaft sind, wie sie sich zuerst ausnah-

1) In diesem Aufsatz wird der Westen als eine Einheit betrachtet, über die bestimmte allgemeine Feststellungen getroffen werden können und die in der Lage ist, eine einheitliche Politik zu verfolgen. Natürlich ist der Westen kein monolithisches Gebilde. Seine einzelnen Mitglieder haben verschiedene und oft einander widersprechende Interessen und Ansichten, wie auch ihre Reaktionen und ihre Politik, sei es im Mittleren Osten oder anderswo, bei weitem nicht einheitlich sind. Trotz allem erscheint dieser Ausgangspunkt berechtigt; erstens, weil der Autor fest davon überzeugt ist, daß das Gemeinsame der westlichen Länder die trennenden Momente bei weitem überwiegt, und daß sie infolgedessen ihre Handlungsweise — was sie letztlich auch tun — in einem solchen Maße koordinieren können, das es möglich macht, von einer „westlichen Politik“ zu sprechen; zweitens — das bestätigt zum Teil den ersten Punkt —, weil die Araber den Westen als eine Einheit betrachten und ihn in Verallgemeinerungen preisen oder verurteilen und auch seinen einzelnen Teilen gegenüber eine Haltung einnehmen, die der generellen Auffassung im Grundsätzlichen ähnlich ist.

2) Die Kraft der sowjetischen Herausforderung auf kultureller Ebene kann durch zwei Beispiele verdeutlicht werden. 1957 veranstaltete das berühmte Janatek-Quartett sechs Konzerte in Ägypten und verursachte der ägyptischen veranstaltenden Organisation Kosten von nur insgesamt 150 ägyptischen Pfund. Die entsprechenden Kosten für ein westliches Quartett würden voraussichtlich 200 ägyptische Pfund pro Konzert zuzüglich Reise- und Unterbringungskosten betragen haben. Zu Ende Juli 1958 erklärte die Regierung der Vereinigten Arabischen Republik, daß sie im kommenden Jahr 610 Studenten zur wissenschaftlichen und technischen Ausbildung ins Ausland schicken würde. Nicht weniger als 306 Studenten reisten davon in die Sowjetunion und eine weitere Anzahl wahrscheinlich in die osteuropäischen Länder.

men. Und anderen geht langsam auf, daß wenn — wie man vorgab — der Verkauf von 25 % aller ägyptischen Exportgüter an Großbritannien politische Abhängigkeit bedeutete, der Verkauf von 60 % an den Ostblock auch nicht ganz ungefährlich sein dürfte. Aber dennoch, es bleibt die Grundtatsache bestehen, daß der Westen nicht länger die arabische Wirtschaft lahmlegen darf, und daß diese entscheidend wichtige Tatsache dem Westen ebenso klar sein sollte wie den Arabern.

Dann ist da ferner der totale Verlust aller Bereiche direkten wirtschaftlichen Einflusses des Westens in diesem Gebiet. Die Verstaatlichung der Suezkanal-Gesellschaft und die Sequestrierung britischen und französischen Eigentums haben den größten Teil der ausländischen Investitionen in Ägypten eliminiert, während ein großer Teil des verbleibenden Restes ägyptisiert wird.

In den anderen arabischen Staaten kann auf ausländische Investitionen außer bei der Ölgewinnung verzichtet werden, aber gerade das Öl stellt zur Zeit den schwachen und nicht den starken Punkt des Westens im Mittleren Osten dar. Ein großer Teil der Ausschreibungen z. B. für den Bau von Eisenbahnen, Brücken und Fabriken, die früher ganz selbstverständlich an den Westen gingen, wird jetzt natürlich den osteuropäischen Organisationen zugeschlagen. Hunderte von westlichen Technikern wurden durch Russen oder Osteuropäer ersetzt, ein Vorgang, der sehr wahrscheinlich auch weiterhin andauern wird.

Schließlich treffen die wirtschaftlichen Ideen, welche der Westen, besonders die USA vertreten, auf Ablehnung. Aus guten Gründen wurde die freie Unternehmerwirtschaft im Mittleren Osten, ausgenommen in Syrien und Libanon, nie sehr ernst genommen, und jetzt wird die Neigung zur Kontrolle und Planung immer deutlicher. In Ägypten hat die staatliche Wirtschaftskontrolle ein größeres Ausmaß als je zuvor seit der Beseitigung von Mohammed Ali's Monopolssystem im Jahre 1841 erreicht, während in Syrien die staatliche Kontrolle auf vollen Touren läuft. Es besteht kein Grund zu bezweifeln, daß die anderen Länder in Kürze den gleichen Kurs einschlagen werden. Die große Zuwachsrates der sowjetischen Wirtschaft wird in steigendem Maße als Beweis für die Überlegenheit der Planwirtschaft angesehen, und man bemüht sich mehr, die wirtschaftliche Entwicklung durch intensive staatlich geförderte Industrialisierung zu erreichen, als durch Spezialisierung im internationalen Rahmen, Außenhandel, und Einfuhr ausländischen Kapitals, wie es von den meisten westlichen Ratgebern empfohlen wird.

Auch die militärische Position des Westens hat sich beträchtlich verschlechtert. Fast alle britischen und alle französischen Basen in diesem Gebiet wurden aufgegeben. Weniger deutlich, aber auch bezeichnend ist die Veränderung in dem relativen Stärkeverhältnis zwischen arabischen und westlichen Streitkräften in diesem Gebiet. Obgleich immer noch von geringem militärischen Wert, sind die arabischen Armeen zahlenmäßig doch beachtlich größer geworden als sie es in der Vergangenheit waren. Gewiß sind einige der westlichen Streitkräfte mit Kern-

waffen ausgerüstet, aber man kann sich kaum die Anwendung solcher Waffen in diesem Gebiet vorstellen, ausgenommen im Verlauf einer weltweiten Auseinandersetzung.

Endlich ist da der rein zahlenmäßige Unterschied zwischen den westlichen und den sowjetischen Streitkräften innerhalb dieses Bereiches oder in dessen Nähe; ein Unterschied, der auf keinen Fall der relativen Stärke der beiden Sei-

Die oben dargelegten Entwicklungen sind zum Teil die Ursache dafür, daß sich die politische Macht des Westens in den arabischen Ländern drastisch verringert hat, so daß er nicht länger imstande ist, den arabischen Regierungen seinen Willen aufzuzwingen. Zunächst errang Ägypten, dann Syrien, und jetzt der Irak eine Position, die es nicht mehr erlaubt, sie von außen unter Druck zu setzen. Auch gibt es keine inneren Kräfte, die sich leicht gegen ihre Regierungen ausspielen ließen.

Denn in diesen Staaten steht die Armee jetzt unter fester Kontrolle und so lange sie geschlossen und loyal bleibt, scheinen die Regierungen gegen einen Umsturz von innen gesichert zu sein. Das bedeutet nicht, daß die Bevölkerung mit dem jeweiligen Regime vollkommen zufrieden ist — es gibt tatsächlich Anzeichen für eine beachtliche Unzufriedenheit. Aber erstens sind es die hohen Militärs, die die Wogen des Nationalismus und der sozialen Revolution antreiben, welche die arabische Welt überschwemmen. Zweitens gibt es keine organisierten Gruppen oder sozialen Schichten, die fähig wären, sich der Armee entgegenzustellen. Die Monarchie wurde beseitigt und die Macht der Stämme ist seit langem gebrochen. Der mohammedanische Klerus hat einen großen Teil seines Prestiges verloren und ist nicht mehr in der Lage, die Regierung zu bedrohen. Die Minderheiten haben die Lektion gelernt, daß es gefährlich und letzten Endes auch vergeblich ist, sich gegen die Majorität auf Hilfe von außen zu verlassen. Nicht weniger bedeutend war die Schwächung der mit dem Westen sympathisierenden Bevölkerungsschichten, der Grundbesitzer, Kaufleute und anderer wohlhabender Gruppen. In der Tat ist der Niedergang der Macht der Finanzkreise einer der auffallendsten Aspekte der politischen und sozialen Revolution.

Unter diesen Umständen braucht man nicht überrascht zu sein, daß die Araber nicht mehr ehrfürchtig zum Westen aufschauen. Noch vor wenigen Jahren hätte die Entsendung eines Kreuzers in das östliche Mittelmeer oder in den Persischen Golf ausgereicht, um jeder Forderung einer westlichen Regierung den gewünschten Nachdruck zu verleihen; aber als im vergangenen Juli die 6. Flotte vor der libanesischen Küste erschien, hatte ein ägyptisches Tagesblatt die Unverfrorenheit, das Manöver als eine „Broadway Show“ zu bezeichnen. Sogar die Landung von Truppen im Libanon und in Jordanien übte eine längst nicht so nachdrückliche Wirkung auf die Haltung der Araber aus, wie man sie möglicherweise erwartet hatte, da ziemlich sofort klar wurde, daß die Truppen nicht außerhalb der Grenzen der beiden Länder ein-

ten entspricht, jedoch auf die Araber einen beträchtlichen psychologischen Einfluß ausübt. Am 20. Juli 1958 brachten die ägyptischen Zeitungen drei Schlagzeilen: die Landung von 400 britischen Soldaten in Tobruk, die Verstärkung der amerikanischen Truppen im Libanon auf eine Gesamtzahl von 8 000 Mann, und die Manöver von 500 000 Russen an der iranischen und türkischen Grenze.

Ein anderer Wind weht

gesetzt und früher oder später zurückgezogen werden würden, wahrscheinlich eher früher als später. Das heißt nicht notwendigerweise, daß die beiden Landungen ein Fehler gewesen seien, denn der Beweis, daß es Grenzen gibt, über die hinaus man den Westen nicht herausfordern darf, mag sehr wohl auf die Sowjets und auch auf die Araber einen mäßigen Einfluß ausgeübt haben. Aber im großen und ganzen handeln die Araber unter der Annahme, daß sie, ganz gleich ob es dem Westen nun gefällt oder nicht, auf die ihnen genehme Weise ihre Ziele erreichen können, die sie sich selbst gesetzt haben.

Es übersteigt den Rahmen dieses Aufsatzes, die zahllosen Maßnahmen und Fehler der westlichen Politik zu erörtern, die den jetzigen Zustand herbeigeführt haben. Nach Auffassung des Autors wurden sie alle durch einen grundlegenden Irrtum verursacht, nämlich der Annahme, daß der Westen genügend Macht — auf moralischer, militärischer, politischer und wirtschaftlicher Ebene — besitze, um den Arabern seinen Willen aufzuzwingen. Der Westen hat immer in der Annahme gehandelt, daß er, wenn er nur genügend politischen und wirtschaftlichen Druck ausübe und genügend Anreiz böte, wie z. B. finanzielle Hilfeleistung, die arabischen Regierungen dazu bringen könnte, Dinge zu tun, die im Gegensatz zum Willen ihrer Völker stünden, wie z. B. die Unterzeichnung von Bündnis- und Verteidigungsverträgen mit dem Westen. Während dies in der Vergangenheit durchaus den Tatsachen entsprach, traf es in den letzten Jahren immer weniger zu und heute ist es ganz eindeutig nicht mehr gültig³⁾. Mit anderen Worten: die arabischen Staaten sind nicht länger mehr ein Teil westlicher Einflußsphäre, und diese Tatsache sollte von den westlichen Regierungen berücksichtigt werden. Um ihre Ziele zu erreichen, muß die westliche Politik auf eine neue Basis gestellt werden, welche der veränderten Situation und den Zielen, die sich die Araber gesetzt haben, Rechnung trägt.

Die sechs wichtigsten Ziele der Araber sind folgende: zuallererst kommt die Beseitigung der noch bestehenden westlichen Machtpositionen im arabischen Raum — seien es nun direkte wie Aden, oder indirekte, wie Jordanien. Zweitens der Drang nach der Einheit; mögen auch die Ansichten über die Form dieser Einheit ausein-

3) Selbstverständlich verfügt der Westen über ausreichende militärische Machtmittel, um die arabischen Staaten in wenigen Tagen zu besetzen. Jedoch ist aus innen- und außenpolitischen Gründen zu bezweifeln, ob diese Machtmittel auch eingesetzt werden können, ausgenommen unter wirklich ganz besonderen Umständen.

andergehen, so wird doch die ägyptische Führungsposition weitgehend akzeptiert.

Drittens ist da der Entschluß, die arabisch-israelitischen Streitigkeiten auf solche Weise zu lösen, die für die Araber annehmbar ist. Viertens besteht der Wunsch nach einer sozialen Revolution, die zumindest ebenso weitreichend sein soll wie die ägyptische. Das bedeutet den Sturz der noch verbliebenen Monarchien und eine drastische Beschneidung der Macht der

Großgrundbesitzer und Stammeshäuptlinge. Fünftens besteht der Wunsch nach einer viel umfassenderen Kontrolle über die wichtigste Quelle des wirtschaftlichen Wohlstandes in diesem Gebiet, nämlich das Öl; diese Kontrolle stellt man sich oft in der Form der Enteignung der bestehenden Konzessionsgesellschaften vor⁴⁾. Schließlich besteht der Wunsch, auf diesen Grundlagen eine dynamischere, autarke Wirtschaft und ein gerechteres und in sich geschlossenes Sozialsystem aufzubauen.

Sicherung der wichtigsten Interessen

Soviel über die Ziele der Araber. Was den Westen anbetrifft, so ist es bei der großen Schwächung seiner Position, wie sie oben beschrieben wurde, klar, daß er zum jetzigen Zeitpunkt nur hoffen kann, seine wichtigsten Interessen, d. h. diejenigen, die man als wirklich lebenswichtig bezeichnen kann, zu sichern. In einer letzten Analyse können diese Interessen auf zwei reduziert werden: erstens, der Mittlere Osten darf nicht unter sowjetische Vorherrschaft⁵⁾ geraten, und zweitens, das arabische Öl muß weiterhin zu annehmbaren Bedingungen nach Europa fließen. Wenn es gelingt, diese beiden Ziele zu erreichen, kann sich der Westen glücklich schätzen, gleichgültig, welche anderen Ziele aufgegeben werden müssen. Die sowjetische Vorherrschaft im Mittleren Osten kann entweder durch eine Invasion von außen oder durch einen Umsturz im Inneren aufgerichtet werden. Da eine Invasion zweifellos einen Weltkrieg auslösen würde, und da es sich hierbei um eine militärische Angelegenheit handelt, bezüglich der sich der Autor nicht für kompetent hält, soll sie hier nicht weiter erörtert werden. Was einen Umsturz anbetrifft, so kann in solchen Fällen eine Hilfe von außen nur zweit-rangige Bedeutung haben. Der entscheidende Faktor dabei ist die Haltung des betroffenen Volkes. Nun, jeder außenstehende Beobachter muß mit Erstaunen die Leichtfertigkeit feststellen, mit der die überwältigende Mehrheit der Araber diese Sache betrachtet, und die durch nichts zu erschütternde Sicherheit der Überzeugung, daß ihnen so etwas nicht widerfahren könne. Ihr Vertrauen gründet sich auf die Tatsache, daß die arabischen Führer keine Kommunisten oder Kommunistenfreunde sind und daß die Zahl der arabischen Kommunisten, von denen viele im Gefängnis sitzen, immer noch sehr gering ist. Dieses Vertrauen beruht ferner auf dem Glauben, daß ein arabischer Nationalismus für die Massen viel verlockender sei als der Kommunismus. Außerdem — genauso wie die Araber sich auf die sowjetische Hilfe gegen eine mögliche westliche Aggression verlassen, —

erwarten sie selbstverständlich vom Westen Schutz gegen eine eventuelle russische Invasion.

Selbstverständlich ist ein solches Vertrauen und ein solcher Optimismus natürlich und berechtigt: keine politische Bewegung könnte jemals ins Leben gerufen werden, geschweige denn Erfolg haben, wenn sich ihre Initiatoren gleich zu Anfang von den ihnen bevorstehenden Schwierigkeiten überwältigen und entmutigen ließen. Bestimmt ist das jetzige Selbstvertrauen der Araber besser als das noch vor einigen Jahren vorherrschende Gefühl der Enttäuschung und Unfähigkeit. Nichtsdestoweniger kann man sich dem Gefühl nicht entziehen, daß dem sozialen Kräftespiel bisher nicht genug Überlegung ge-

widmet wurde. Wenige Araber haben sich die Zeit genommen, über die großen Hindernisse nachzudenken, die einer geordneten Umbildung der arabischen Gesellschaft im Wege stehen. Wenige haben sich die Frage vorgelegt, ob sich die jetzt freigewordenen gewaltigen sozialen Kräfte innerhalb der gegebenen Grenzen der arabischen nationalistischen Ideologien überhaupt in die richtigen Bahnen lenken lassen. Wenige haben untersucht, ob die arabischen Regierungen in der Lage sein werden, den an sie gestellten Erwartungen zu entsprechen, und wenn nicht, was dann geschehen wird. Nur wenige — wenn überhaupt jemand — haben sich über die letzten Auswirkungen der Propaganda, mit der sie ihre Völker füttern, Gedanken gemacht: der Aufpeitschung der Leidenschaften, der Weckung großer Erwartungen auf ein viel reicheres und besseres Leben, auf größere soziale Gerechtigkeit. Und ebenso haben ganz wenige nur verstanden, wie stark der Reiz des Kommunismus für die Massen und für die unzufriedenen, halbgebildeten Intellektuellen sein kann, die zu Tausenden herangezüchtet werden. Wenn sie dies wirklich verstanden hätten, dann wären sie in viel stärkerem Maße über die Propagandaflut beunruhigt, die von den Kommunisten und deren Gesinnungsgenossen ausgeschüttet wird, die zahlreiche führende Zeitungen infiltriert haben und hunderte von Büchern ausstoßen.

Keine unüberlegten Aktionen

Aber während nun solche Überlegungen die arabischen Führer ernüchtern sollten, kann der Westen in dieser Hinsicht in der gegenwärtigen Situation wenig tun. Sogar Ratschläge und Warnungen aus dem Westen werden mit Mißtrauen aufgenommen und als Folge finsterner Motive angesehen, wie zum Beispiel der Absicht, die arabischen Länder einzuschüchtern, um sie so in der Einflußsphäre des Westens zu halten. Alles, was der Westen tun kann, um sein erstes Ziel — die Russen von der arabischen Welt fernzuhalten — zu erreichen, ist, unüberlegte Aktionen zu unterlassen. Wenn der Westen die Araber schon nicht davon abhalten kann, in den sowjetischen Bereich abzugleiten, so kann er doch zumindestens vermeiden, sie durch falsche Politik den Russen geradezu in die Arme zu treiben. Die Araber haben nicht Unrecht mit ihrer Behauptung, daß solche Maßnahmen wie der Bagdad-Pakt, der Versuch, Jordanien in diesen Pakt hineinzuzwingen, das Angebot und die nachfolgende Zurückziehung der Hochdamm-Anleihe, der Suez-Angriff und die Eisenhower-Doktrin mehr dazu beigetragen haben, das sowjetische Prestige und den sowjetischen Einfluß in der arabischen Welt zu steigern, als alles, was die arabischen Kommunisten begründeterweise hoffen konnten, selbst zu erreichen.

Die Sicherung des zweiten lebenswichtigen Interesses des Westens, nämlich die ständige

Lieferung arabischen Öls zu annehmbaren Bedingungen, verlangt positivere Aktionen. Bisher wurde die Öllieferung auf zweierlei Weise sichergestellt: die Ölkonzessionen, welche den westlichen Gesellschaften die vollständige Kontrolle über Gewinnung und Verkauf gestatten, und die Allgegenwart der westlichen politischen und militärischen Macht in diesem Gebiet. Aber es ist höchst unwahrscheinlich, daß der Bestand der Konzessionen das Absinken der Macht des Westens in diesem Gebiet lange überdauern wird. Selbst die Abänderung der Konzessionsverträge zugunsten besserer Bedingungen für die arabischen Regierungen wird auf die Dauer eine Verstaatlichung nicht verhindern können. Eine umfassende und durchgreifende Politik ist ganz offensichtlich erforderlich, um mit der Situation fertig zu werden.

Die erste, sich von selbst anbietende Möglichkeit ist eine Vereinbarung zwischen dem Westen und der Sowjetunion über den Mittleren Osten. Da diese Vereinbarung fast mit Gewißheit nur als Teil einer umfassenderen Regelung zwischen den beiden Blocks zustande kommen wird, soll sie hier nicht weiter behandelt werden.

Die zweite Möglichkeit ist diejenige, welche 1956 versucht wurde, nämlich, das Herz des arabischen Nationalismus, Ägypten, zu treffen und somit die gesamte Bewegung zu lähmen. Dieser Kurs schlug in der Suezkrise vollkommen fehl, und es ist sehr bezeichnend, daß er im Jahre 1958 weder gegen Ägypten noch gegen den Irak wieder aufgegriffen wurde. Die Schattenseiten dieser Politik sind zwiefach. Einmal würde ein militärischer Angriff gegen einen ara-

5) Es gibt zwei Möglichkeiten, um den Mittleren Osten aus der russischen Einflußsphäre fernzuhalten. Die erste ist die, den Mittleren Osten in der westlichen Einflußsphäre zu halten, ein Kurs, der nicht länger praktikabel ist. Die zweite Möglichkeit besteht darin, das in den arabischen Ländern so verbreitete Verlangen nach Neutralität anzuerkennen. Selbstverständlich kann der Westen eine Neutralität nur dann annehmen, wenn sie gegenüber den beiden Machtblocks auch wirklich und in jeder Hinsicht aufrecht erhalten wird. Obgleich im Augenblick die arabische Politik von einer wirklichen Neutralität weit entfernt ist, besteht kein Grund, an der Aufrichtigkeit der Araber zu zweifeln, wenn sie einmal die Neutralität als ihr letztes Ziel proklamieren.

4) Es gibt Anzeichen dafür, daß verantwortliche Persönlichkeiten in den ölproduzierenden Staaten weniger an einer Verstaatlichung sondern mehr an neue Verhandlungen über die Verträge denken mit dem Ziel, höhere Gewinnanteile des Staates durchzusetzen. Aber diese Auffassung ist noch nicht weit verbreitet und die Verlockung einer Verstaatlichung ist für die breiten Massen und die Halbgebildeten sehr groß.

bischen Staat auf zu viele Hindernisse stoßen: Empörung der öffentlichen Meinung der ganzen Welt; Zweifel, Skrupel und Befürchtungen innerhalb der westlichen Länder, die leichte Verwundbarkeit der Ölverbindungsleitungen, schließlich die Gefahr einer russischen Intervention. Zum anderen kann in einem solchen weiten Gebiet eine Militäraktion nur eine sehr kurzfristige Lösung der durch die nationalistischen Bewegungen aufgerührten Probleme erreichen.

Der dritte Weg ist, das Zentrum des arabischen Nationalismus zu isolieren und einzugrenzen, um so eine Ausbreitung über das ganze Gebiet zu verhindern. Dies scheint nach dem Angriff auf Suez der prinzipielle Leitgedanke der amerikanischen Politik gewesen zu sein. Ägypten und Syrien sollten allein gelassen werden, aber weder Hilfe noch Unterstützung erhalten, während mit den umliegenden Staaten: Libyen, dem Sudan, Jordanien, Libanon, Irak und Saudi-Arabien ausgezeichnete Beziehungen aufgebaut werden sollten. Wahrscheinlich hoffte man, durch eine solche politische und wirtschaftliche Isolierung, wenn auch nicht gerade den Sturz der Regierungen in Ägypten und Syrien zu erreichen, so doch sie zumindest daran zu hindern, nennenswerte Erfolge zu erzielen, und sie somit in den Augen der übrigen Araber in Mißkredit zu bringen. Es ist wohl kaum nötig, darzulegen, daß der Gang der Ereignisse sich ganz anders entwickelt hat. Die Revolution im Irak hat nicht nur den ägyptischen Einfluß bis auf die Ölgebiete ausgedehnt, sondern auch das Gleichgewicht der Kräfte in diesem Bereich vollkommen gestört, wobei sich die Waagschalen sehr zugunsten Ägyptens neigen^{*)}. Außerdem sollte allen klar sein, daß der Revolution in Irak andere folgen werden, wahrscheinlich in Jordanien, Kuwait und Saudi-Arabien. Es scheint ja tatsächlich so zu sein, daß die Zeit, die man heute zur Entfesselung einer Revolution gebraucht, immer kürzer wird.

Unter diesen Umständen bleiben der westlichen Politik nur noch zwei weitere Wege: an einigen wenigen und leicht zu verteidigenden Ölgebieten festzuhalten, ganz gleich, wie sich die Rückwirkungen auf die anderen arabischen Länder gestalten; oder mit dem arabischen Nationalismus übereinzukommen und seine wichtigsten Ziele anzuerkennen.

Die erste Alternative würde darin bestehen, an einigen wenigen reichen Ölfürstentümern, wie Kuwait, Bahrain und Qatar festzuhalten, wobei eindeutig klarzustellen wäre, daß jeder von außen kommende Angriff und jede Infiltration auf schärfsten Widerstand stoßen und daß jede innere Agitation sofort unterdrückt werden würde. Eine solche Maßnahme würde dem Westen für eine Reihe von Jahren den Zugang zu ausreichender Ölversorgung offenhalten, währenddessen man sich ernsthaft um die Entwicklung anderer Energiequellen bemühen müßte. Als Teil dieser hinhaltenden Aktion könnte ein Versuch gemacht werden, die Kontrolle über einige der weniger verwundbaren westlichen Stützpunkte im arabischen Bereich, z. B. Aden und einige Fürstentümer am persischen Golf aufrechtzuerhalten und den wenigen

arabischen Regierungen, die dem Westen noch nicht feindlich gesinnt sind, heimlich Hilfe zu leisten, ohne sich jedoch Illusionen über die Dauerhaftigkeit dieser Regierungen zu machen.

Die Schwierigkeiten, die sich aus einer solchen Politik ergeben, sollten jedoch nicht unterschätzt werden. Zunächst wäre die Gefahr von Agitation und Sabotage in den Ölanlagen beachtlich. Zweitens wäre der so gewonnene Aufschub nicht von langer Dauer. Drittens, und dies wäre am schwerwiegendsten, könnte diese Politik das

wichtigste Ziel der westlichen Politik im Mittleren Osten, nämlich eine russische Vorherrschaft zu verhindern, schwer beeinträchtigen. Denn die Anwesenheit westlicher Streitkräfte im persischen Golf würde eine der schärfsten Herausforderungen für den arabischen Nationalismus darstellen und dazu noch eine, die mehr als alles andere die Araber auf die Seite der Russen treiben müßte. Schließlich würde eine solche Aktion von Seiten des Westens seine moralische Position in Asien und Afrika weiter schwächen.

Den Widerstand gegen arabischen Nationalismus aufgeben

Dies läßt nur eine Politik übrig: nämlich den Widerstand gegen den arabischen Nationalismus aufzugeben und seine wichtigsten Ziele anzuerkennen. Die Folgerungen aus dieser Haltung sind beunruhigend, da sie möglicherweise die Aufgabe aller westlichen Basen und politischen Einflußzentren in der arabischen Welt und ebenso auch wahrscheinlich die Zustimmung zur Verstaatlichung des Öls mit einschließen.

Auf den ersten Blick scheint die Politik zu bedingen, daß der Westen nicht nur sich selbst wehrlos, sondern sich auch noch von der Gnade eines Volkes abhängig machen soll, mit dem umzugehen keinesfalls einfach ist. Nicht nur, daß die Araber gerade nicht für ihr Maßhalten bekannt sind, nicht nur, daß sie manchen Groll und Ärger aufgespeichert haben, von denen man sich einen Einfluß auf ihre Haltung auch dann wohl gewärtigen muß, wenn die eigentlichen Ursachen längst behoben sind, sondern sie stehen vielmehr auch ähnlich wie andere Semiten unter einer Art „Samson-Komplex“, mit anderen Worten, unter dem Zwang, um jeden Preis ihre Wut am Feind auszulassen, auch wenn es die eigene Vernichtung bedeutet: ein beliebter arabischer Spruch ist „alaya wa ala adai“ — „auf mich und auf meine Feinde“. Das heißt nicht, daß die Araber, und besonders ihre Führer, nicht die wirtschaftlichen Vorteile sähen oder Erwägungen des eigenen Nutzens gleichgültig gegenüberstünden; es bedeutet jedoch,

daß solche Überlegungen leicht, und sogar für längere Zeit, durch die Ausbrüche der Volkseidenschaft verdunkelt werden könnten.

Es ist ganz klar, daß eine solche Politik nur in Erwägung gezogen werden kann, wenn der Westen sich auf eine starke Position bei seinen Verhandlungen mit den Arabern stützen kann. Der Westen kann diese Position erreichen, wenn er sofort und vordringlich die Entwicklung anderer Energiequellen in Angriff nimmt, die ihm ermöglichen, eventuell auf unbegrenzte Zeit auf das arabische Öl zu einem nicht zu hohen Preis zu verzichten. Es scheint kein Zweifel darüber zu bestehen, daß der Westen, und besonders die USA, bei der Schaffung solcher Ersatzquellen nachlässig gewesen ist. Die Suche nach Öl in Afrika und in der westlichen Hemisphäre könnte intensiviert werden. Die Entwicklung der Atomenergie könnte gewiß beschleunigt werden, besonders in den USA. Weitere Experimente könnten durchgeführt werden, um Öl aus Kohle zu gewinnen. Und viel könnte getan werden, um die Kosten der Ölgewinnung aus Schieferen zu verringern, womit der Tag näher käme, an dem dieses Schieferenöl mit dem Petroleum in Konkurrenz treten könnte; denn man sollte nicht vergessen, daß die Schieferenlager allein in USA für größer als alle nachgewiesenen Ölreserven in der gesamten Welt⁶⁾ geschätzt werden.

Eine ausgezeichnete Verhandlungsposition

Ein solches Programm in Verbindung mit der Schaffung einer Flotte von Großtankern und deren damit zusammenhängenden notwendigen Ausbau der Ölhäfen auf beiden Seiten, das im Notfall den Verzicht auf den Suezkanal und die Pipelines zum Mittelmeer ermöglichte, würde dem Westen wieder die Verhandlungsstärke schaffen, die er zur Zeit im Begriff steht zu verlieren, und dessen Verlust mit dem Absinken seiner politischen und militärischen Macht im Mittleren Osten unaufhaltbar fortschreiten wird. Denn früher oder später wird den Arabern klar werden, daß sie den westlichen Markt brauchen, genauso wie der Westen ihr Öl braucht.

Es gibt für das arabische Öl keinen anderen Markt: der Inlandverbrauch und der Verbrauch in Asien und Afrika sind zu niedrig, um mehr als auch nur einen geringen Bruchteil des jetzigen Ölausstoßes aufzunehmen, während der

Sowjetblock über einen kleinen Nettoüberschuß verfügt und ihn wahrscheinlich auch noch einige

6) In diesem Zusammenhang mag das folgende Zitat aus „The Economist“ vom 6. September 1958 (S. 755) von Interesse sein: „Die ungeheuren Lager von Olschieferen in Colorado (und auch in Wyoming und Utah) könnten, wenn die Marktverhältnisse es rechtfertigen, eine Hauptquelle für Rohöl mit gegenwärtig konkurrenzfähigen Preisen werden. Das Denver Research Institute, das die letzten neun Monate lang eine Versuchsstation für 24 t pro Tag in Betrieb hielt, erklärt, daß nach dem neuen Extraktionsprozeß Schieferenöl an der Westküste zu \$ 1.42 bis 1.92 (\$ = US-Dollar) pro Faß, Gewinnspanne ausgeschlossen, verkauft werden könnte; Rohöl wird zur Zeit für etwas mehr als \$ 3 pro Faß verkauft. Die Union Oil Company hat andererseits beschlossen, die Versuchsstation zu schließen, die sie drei Jahre lang in Betrieb hatte. Während die Konkurrenz des Produktes zugegeben wird, ist die Gesellschaft, die alle notwendigen technischen Erfahrungen gewonnen hat, nicht bereit, das Produkt zur Zeit in den Handel zu bringen; eine Unterbrechung ausländischer Importe würde jedoch einen solchen Versuch anziehend machen.“ Zu den neuesten Schätzungen über Schieferen- und Teersandreserven vgl. „Petroleum Press Service“, Juni 1958, S. 222.

*) Die jüngste Entwicklung, die immer noch im Fluß ist, konnte bei der Abfassung dieser Betrachtung naturgemäß nicht berücksichtigt werden (d.H.).

Zeit bewahren wird. Vorausgesetzt, es gelingt nicht, den Westen durch Unterbrechung der arabischen Ölzufuhr für einige Jahre in die Knie zu zwingen, würde er sich dann in einer ausgezeichneten Position befinden, um mit den Arabern zu verhandeln und für beide Seiten befriedigende Bedingungen zu erzielen. Mit anderen Worten, Europas Bedarf an arabischem Öl, zur Zeit die wichtigste Ursache seiner Schwäche in der arabischen Welt, ließe sich in eine Position der Stärke umzuwandeln und letztlich wären

normale Beziehungen zwischen dem Westen und den Arabern denkbar, die auf Geben und Nehmen und gegenseitigen Konzessionen beruhen.

Es ist nicht die Absicht des Autors, eine der beiden politischen Möglichkeiten zu empfehlen. Denn erstens ist die Mittelostpolitik des Westens, der sich naturgemäß mit einem weit über den Bereich der arabischen Länder hinausgreifenden Raum befassen muß, nur ein Teil, und dazu ein kleiner Teil seiner globalen Außenpolitik. Zweitens kann selbst innerhalb der engen

Grenzen der regionalen Politik ein außenstehender Beobachter nicht vorgeben, über ausreichende Informationen zu verfügen, um Empfehlungen zu unterbreiten. Dieser Artikel wird seinen Zweck aber dann vollkommen erreicht haben, wenn er eine Analyse der augenblicklichen Situation in den arabischen Staaten gegeben und diejenigen Fragen aufgeworfen hat, welche die Möglichkeiten des Westens in einem entscheidenden Augenblick seiner Beziehungen zur arabischen Welt bestimmen.

* * *

Chinas wahre Macht

Mit freundlicher Genehmigung des Verlages der Januarnummer der französischen Monatsschrift „Réalités“ entnommen.

Das Geheimnis, das die Absichten der absoluten Herren dieser gewaltigen Menschenmasse umgibt, lastet schwer auf der Welt. Was bedeuten die heftigen Drohungen, die während der Quemoy-Krise ausgestoßen wurden? Was will China, und über welche industriellen und militärischen Mittel verfügt es, um seine Ziele zu erreichen?

Sechs Monate nach Beginn der Feindseligkeiten fragen sich die westlichen Experten immer noch, welche tieferen Absichten Mao Tse-tung während des Konfliktes von Quemoy leiteten.

Worauf zielten die Geschütze bei Quemoy?

Kann man von einem westlichen Sieg sprechen? Niemand wagt das zu behaupten; denn man fragt sich immer mehr, ob nicht dieser offensichtliche äußere Mißerfolg einen inneren Sieg des Mao Tse-tung-Regimes verbirgt. Man fragt sich, ob das Ziel der Kanonen von Fou-Kien wirklich Quemoy war oder ob sie nicht auf indirekte Weise die chinesischen Massen anvisierten, um sie aufnahmebereiter für eine neue Revolution zu machen.

Wie soll man anders den Widerspruch zwischen dem äußerst vorsichtigen Verhalten von Mao Tse-tung und der unerhört heftigen chinesischen Propaganda erklären? Mao Tse-tung vermied sorgfältig, die Grenzen zu überschreiten, die der internationalen Politik durch die Existenz der Atomwaffen gezogen sind. Die Propaganda dagegen mobilisierte die chinesischen

Nach einem äußerst heftigen Anfang — alle Welt erwartete einen Landungsversuch auf Quemoy und Matsu und vielleicht sogar auf Formosa, während die chinesische Propaganda jedem, der es hören wollte, verkündete, daß man endlich im Begriffe sei, dem „Papptiger“ das Maul zu stopfen — nahm der Konflikt eine weniger gefährliche Wendung; die Kanonen schießen nur noch ab und zu, und man fängt an zu verhandeln. Dennoch haben die Chinesen kein konkretes Resultat erzielt: sie haben nicht auf Quemoy landen können, und der „Papptiger“ hat standgehalten.

Massen durch eine großangelegte anti-amerikanische Hetze und setzte 650 Millionen Chinesen in Kriegsbereitschaft, einem angeblich drohenden Angriff zu begegnen.

In Wirklichkeit benutzt das Mao Tse-tung-Regime die durch den aufgestachelten Nationalismus entfesselten Kräfte und die Angst vor einem amerikanischen Angriff zur Durchsetzung einer tiefgreifenden Reform, deren Umfang sich erst allmählich in den Berichten, die zum Westen dringen, abzuzeichnen beginnt.

China schüttelt mit einem Male das Joch, das ihm die von russischen Methoden beeinflussten Planungsspezialisten auferlegt hatten, ab und stürzte sich vor einem Jahr in gewaltsame Anstrengungen, um seine wirtschaftliche Entwicklung noch mehr zu beschleunigen. Mao Tse-tung verlangt von den Chinesen, die Plan-Ziele des

zweiten Vierjahresplanes in einem einzigen Jahr zu erreichen.

Um dieses schwindelerregende wirtschaftliche Wachstum zu ermöglichen, das gemäß der chinesischen Propaganda „alles je in der Geschichte aller Länder Dagewesene“ übertreffen soll (mit Einschluß der UdSSR, was die chinesische Propaganda allerdings nicht ausdrücklich sagt) unterwirft Mao Tse-tung, der bäuerliche Revolutionär, die Massen der chinesischen Landbevölkerung einer neuen Revolution, die radikaler ist als alle vorhergehenden: die Errichtung der „Volkskommunen“.

Man versteht die augenblicklichen Vorgänge in China nicht, wenn man sich nicht vor Augen hält, daß Mao Tse-tung in erster Linie ein Bauernführer ist. Im Gegensatz zu den anderen Würdenträgern des Regimes — Tschu-Teh ist ein ehemaliger Feudalherr und Kriegsführer, Liu Schao-Chi ehemaliger Intellektueller, heute Theologe des Regimes, oder sogar Tschu En-Lai, ein ehemaliger sowjetisch ausgerichteter Internationalist, jetzt dem Maoismus verbunden — wurde Mao Tse-tung als Bauer geboren. Er kämpfte gegen die ursprüngliche Konzeption der kommunistischen Partei Chinas, die sich auf die gewaltige Erhebung der proletarischen Massen der Großstädte Schanghai oder Kanton stützte, und stritt für seine eigene Auffassung eines bäuerlichen Guerilla-Krieges. Von 1927 an versicherte er: „Die Revolution wird nur siegen, wenn sie eine chinesische ist, und das wahre China ist ein China der Bauern.“

Diese Linie, an der Mao in allen Wechselfällen der Revolution festgehalten hat, besteht

heute noch unversehrt, und wahrscheinlich unterscheidet sich China hierdurch am meisten von der Sowjetunion. Deshalb ist es nur natürlich, daß Mao, der ein ganz außergewöhnliches Maß an Anstrengung von China verlangt, sich in erster Linie an die bäuerlichen Massen wendet und nicht so sehr an die der Städte, deren Entwicklung immer hinter der des Landes zurück war.

Die Revolution der Volkskommunen hat vor einem Jahr durch die Erprobung einer Volkskommune, genannt „Weihsing“ (Sputnik), in Ho-Nan begonnen. Sie wurde durch den Zusammenschluß von 27 Genossenschaften, die genau dem Muster der sowjetischen Kolchosen nachgebildet waren, geschaffen und vereinigte mehr als 43 000 Bauern in einem einzigen Wirtschafts- und Verwaltungsverband. Beim Eintritt in die Kommune bringt der Bauer sein Haus und sein ganzes Eigentum an Land, Ackergerät

und Großvieh, mit Ausnahme einiger Haustiere und Hühner, in diesen Gemeinschaftsverband ein. Der Kreis, der 1949 begann, schließt sich jetzt. Damals führte die Revolution eine Agrarreform durch und verteilte das Land an die armen Bauern. 1956 wurden sie aufgefordert, Genossenschaften nach sowjetischem Muster zu bilden. Mao konnte sich damals der Erfolge rühmen: in einem einzigen Jahr wurden alle Ländereien wieder in 750 000 Genossenschaften zusammengefaßt, ein erstaunliches Resultat, wenn man an die jahrzehntelange Entwicklung und zahllosen Schwierigkeiten der sowjetischen Genossenschaften, der Kolchosen, denkt. Und zwei Jahre später stößt Mao noch einmal das System völlig um, indem er die Bildung von 100 000 Volkskommunen aus den 750 000 Genossenschaften fordert und den Rest des Privateigentums, das im System der Genossenschaften noch existierte, vollkommen unterdrückt.

Militärische Organisierung der Handarbeit

Aber das System der Volkskommunen hat noch sehr viele andere erstaunliche Aspekte. Es umfaßt in der Tat eine Organisierung der Handarbeit unter militärischen Formen, die Abschaffung des Familienlebens und die Verfolgung industrieller wie landwirtschaftlicher Ziele.

Wenn der Bauer in die Kommune eintritt, ist er nicht nur mehr Bauer, sondern ebenso sehr auch Soldat. Alle erwachsenen Mitglieder sind in Milizen zusammengefaßt und erhalten eine intensive militärische Ausbildung. Sie bereiten sich darauf vor, „ihr nationales Territorium zu verteidigen oder jede andere Aufgabe, die das Land von ihnen verlangen könnte, zu erfüllen“. Es ist alltäglich, eine Gruppe im Gleichschritt vom Dorf bis zum Arbeitsplatz marschieren zu sehen, die dann nach einer Waffenübung die Gewehre zusammenstellt, um den Spaten in die Hand zu nehmen und die landwirtschaftlichen Arbeiten durchzuführen.

Es handelt sich in der Tat darum, alle Arbeiter in eine militärische Organisation einzuschmelzen. Eingeteilt in Arbeitsbrigaden, nach militärischem Vorbild organisiert, sollen die Bauern den Kollektivgehorsam in die Tat umsetzen. „Das Volk muß in einer militärischen Weise organisiert werden“, schreibt die „Rote Fahne“ und fährt fort: „Es muß seine Pflicht tun, wie man seine Pflicht im Kampfe tut, und es muß ein kollektives Leben leben.“

„Ein kollektives Leben leben“ ist in den Volkskommunen kein frommer Wunsch, sondern eine Realität. In dem Rahmen einer jeden Brigade gibt es eine Gemeinschaftskantine, eine Gruppe von Frauen, die die Kleidung instand hält, eine Kinderkrippe, die alle Kinder verwahrt und aufzieht, und „Häuser des Glücks“, in denen die nicht mehr arbeitsfähigen Alten zusammengefaßt sind. Wenn man die öffentlichen Krankenhäuser und Friedhöfe, die auf der Ebene der Volkskommunen geschaffen wurden, betrachtet, so zeigt sich, daß der Chinese von der Wiege bis zur Bahre in einem Kollektivrahmen betreut wird. Um diese Integration wirksam durchzuführen, werden die Bauern bei der Schaffung einer Volkskommune aufgefordert, ihr eigenes Haus abzubrechen und die Materia-

lien zum Aufbau der wichtigsten Gemeinschaftshäuser mitzubringen.

In diesem System sind Männer und Frauen von allen Familienbindungen losgelöst, um zur vollständigen Verfügung der Partei und des Staates zu stehen. Gemeinschaftsküchen bereiten den Reis, der in Gemeinschaftskantinen verzehrt wird, und befreien so den Haushalt von der Sorge für die Mahlzeiten. Die Kinderkrippen, die sich der Kinder annehmen, machen die Familienmütter frei für den Arbeitseinsatz. Auch das Waschen und Nähen wird in Wäschereien und Nähstuben der Gemeinschaft getätigt. Ebenso besorgt die Kommune die Einrichtung von öffentlichen Bädern, Friseurstuben usw. Die Männer und Frauen der Produktionsbrigaden stehen also völlig dem Arbeitseinsatz zur Verfügung.

Ein wesentlicher Punkt ist schließlich, daß die Aufgaben der neuen Kommune nicht allein im landwirtschaftlichen Bereich liegen, sondern ebenso sehr auch im industriellen. Sie soll offensichtlich an den großen Bauprojekten des Regimes mitarbeiten, z. B. an dem Bau von Talsperren, Dämmen und Bewässerungsanlagen; sie hat aber auch die Aufgabe, auf lokaler Ebene kleine Industrieunternehmen zu schaffen, z. B. kleine Hochöfen, Schmieden, mechanische Werkstätten, Betriebe, die Dünger erzeugen oder Kohlengruben und Steinbrüche ausbeuten, ferner solche Betriebe, die landwirtschaftliche oder industrielle Werkzeuge herstellen. Es handelt sich darum, die Industrialisierung in den ländlichen Bezirken selbst durchzuführen. Von nun an entstehen kleine Hochöfen überall im Land und befriedigen die lokalen Bedürfnisse. Mit ihrer Hilfe rechnete Mao, in dem einzigen Jahr 1958 mehr als 10 Millionen Tonnen Stahl zu erzeugen, d. i. das Doppelte der Produktion von 1957 *).

Diese außergewöhnliche Revolution wird die Existenz von 650 Millionen Chinesen von Grund auf umstoßen. Man kann sich fragen, warum Mao Tse-tung es für nötig gehalten hat, eine

*) Dieses Ziel ist tatsächlich erreicht worden. S. Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ vom 21. 1. 1959 S. 37 ff.

solche radikale Umwälzung ins Werk zu setzen. Für die einen ist die Revolution der Volkskommunen ein Beweis der Schwäche: man mußte die bäuerliche Bevölkerung wieder fest in die Hand bekommen; denn diese, die erste Stütze des Regimes, hätte, so glaubt man, die Zusammenfassung der Ländereien in Kolchosen schlecht aufgenommen und sei durch das „Blühen der 100 Blumen“ verwirrt worden, diesem Versuch der Liberalisierung und Lockerung der strikten kommunistischen Disziplin. Für die anderen dagegen ist die Einrichtung der Volkskommune ein Beweis für die Stärke des Regimes. Sie sei ein Schritt voran zum Kommunismus. Man argumentiert, daß man sich so dem Modell der kommunistischen Gesellschaft viel mehr annähere, als es die Sowjetunion je getan oder auch nur gewagt habe. So hat z. B. der Großteil der Kommunen die Bezahlung des Hauptnahrungsmittels, Reis, in Geld aufgehoben und ein Verteilungssystem organisiert, das sich nicht nach den finanziellen Möglichkeiten, sondern nach den Bedürfnissen des Arbeiters richtet, die nach Veranlagung und Tätigkeit variieren.

Aber die wirkliche Erklärung liegt woanders. Sie hängt eng mit der raschen Ausdehnung der chinesischen Bestrebungen auf dem Gebiete der Produktion zusammen. So läßt sich am besten die Schaffung einer para-militärischen Organisation für die Erfüllung von Arbeitsaufgaben erklären, deren Ziel es ist, die Produktionskapazität zu vergrößern, indem sie erlaubt, geschlossene Arbeitsbrigaden je nach Bedarf in der Landwirtschaft oder Industrie einzusetzen, so wie es den Notwendigkeiten der zentralen Produktionsplanung entspricht. Die Konzentration in Volkskommunen gibt den Produktionseinheiten die breiteste Grundlage, die Landarbeit produktiver zu gestalten und Industrien auf lokaler Ebene zu errichten. Während sich für ein Dorf der Bau eines Hochofens nicht lohnt, ist er im Rahmen einer Volkskommune von 50 000 Mitgliedern völlig am Platze. Schließlich schafft sich China, indem es die Frauen durch die Kollektivierung des ganzen Lebens von der Hausarbeit befreit, eine Arbeitskraft-Reserve, die es nötiger als je braucht. Das System der Volkskommunen ist eingerichtet worden, um von heute auf morgen schneller und immer schneller produzieren zu können.

Warum hielt es Mao Tse-tung für richtig, abrupt mit den schon ehrgeizigen Programmen des Fünfjahresplanes zu brechen, die von den chinesischen Planungsspezialisten nach sowjetischem Muster aufgestellt worden waren? Diese Entscheidung wurde nicht leichtin gefällt, denn Mao hatte vielfache Warnungen von einer Gruppe der kommunistischen Führer selbst erhalten. Er ist sich der Risiken, die diese Entscheidung nach sich zieht, voll bewußt: in diesem Stadium den Kessel der chinesischen Wirtschaft zu überheizen, kann indirekt politische Unruhen in einer Bevölkerung hervorrufen, die in einer Anstrengung ohnegleichen begriffen ist.

Um die Entscheidung Mao Tse-tungs zu verstehen, muß man auf die „Hundert Blumen“ zurückgehen. Für den Westen stellen die „Hundert Blumen“ einen Versuch dar, die Spannung, mit der das Regime die Geister belastete, zu lockern. Das verhält sich in der Tat so. Aber die „Hundert Blumen“ sind für die chinesischen

Kommunisten auch eine Periode der Verwirrung und des Zweifels gewesen. Der erste Fünfjahresplan war soeben zu Ende gegangen. Vorbereitet seit der Befreiung im Jahre 1949, wurde er 1953 für den Zeitraum von 1953 bis 1957 begonnen. Aufgestellt nach den Erfahrungen der sowjetischen Planung — russische Experten haben übrigens in weitem Maße an seiner Ausarbeitung mitgewirkt —, sah der erste Fünfjahresplan die Schaffung eines industriellen Oberbaus eines neuen China über der ländlichen Struktur des

traditionellen China vor, gestützt auf das Vorhandensein vereinzelter Industriezentren. So sollte Anshan in der Mandschurei 1957 78 Prozent des chinesischen Stahls und fast alle Gußerzeugnisse, die für den Bau von Lokomotiven, Fahrzeugen und Traktoren erforderlich sind, produzieren. Die neuen Etappen der zukünftigen industriellen Expansion waren vorbereitet: Kombinate sollten in Hankau und Paotau aufgebaut werden. Die Landwirtschaft aber sollte sich in den Formen der Genossenschaften nach dem Muster der sowjetischen Kolchosen entwickeln.

Ein modernes Land erst in vierzig Jahren?

Der Erfolg der Planziele ist unleugbar, und die Herren Chinas hatten hinreichenden Grund mit den erreichten Fortschritten zufrieden zu sein. Und dennoch befahl sie von 1956 an der Zweifel. Mao Tse-tung stellte in einer Rede fest: *„Bei unserem Marschrhythmus brauchen wir noch 40 Jahre, um aus China ein modernes Land zu machen.“*

Offensichtlich konnten diese Aussichten als äußerst günstig angesehen werden. 40 Jahre, das ist der Zeitraum, den die Russen gebraucht haben, um aus ihrem Land einen modernen Industriestaat zu machen. Warum sollten sich die Chinesen mit einem solchen Entwicklungsrhythmus nicht zufrieden geben, der, in Prozenten ausgedrückt, erheblich über dem der kapitalistischen Volkswirtschaften liegt?

Wer so denkt, vergißt, daß das Problem der Entwicklung Chinas anders gelagert ist als das Rußlands, eine Feststellung, die Jawaharlal Nehru in allgemeiner Formulierung bei der Eröffnung der letzten Sitzung der Weltbank in Neu-Delhi traf, als er erklärte: *„Der eigentliche Unterschied besteht heute weit mehr zwischen den entwicklungsfähigen Ländern und den fortgeschrittenen als zwischen den kommunistischen und kapitalistischen.“*

Chinas Problem sind die Menschen. Und Mao Tse-tung konnte schon den Gedanken als einen Alpdruck empfinden, daß 40 Jahre notwendig sein sollten, um aus China ein modernes Land zu machen. 40 Jahre, das bedeutet eine Bevölkerungszahl zwischen 1 und 1,5 Milliarde Chinesen. Gibt es im augenblicklichen Entwicklungsrhythmus eine reelle Chance, dieser unglaublichen Masse Essen und Arbeit zu geben? Mao Tse-tung sah ein, daß es sie nicht gibt. Die Erklärungen von Liu Schao-Tschi auf dem achten kommunistischen Parteikongreß Chinas sind aufschlußreich: den Einwänden derer, die den „Sprung nach vorn“ kritisierten, weil er den Volksmassen eine zu große Anspannung zumute, hielt er entgegen: *„Jeder muß wissen, daß ein furchtbarer Druck entstehen würde, wenn 600 Millionen Chinesen für lange Zeit in Armut leben müßten.“*

Als man sich dieser Gefahr bewußt wurde, faßte man den Entschluß, die Art und Weise der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas von Grund auf zu ändern. Er fand seinen Ausdruck in einer plötzlichen Kampagne für den „Sprung nach vorn“. Überholt, bevor man sie offiziell angekündigt hatte, ruhen heute die Ausarbeitungen über die Ziele des zweiten Fünfjahresplanes in

den Akten der Planungsspezialisten. Mao Tse-tung will alles, und zwar sofort.

Nach vierjähriger Anstrengung sollten 10 Millionen Tonnen Stahl erzeugt werden. Mao verlangte 10 Millionen für das Jahr 1958 und 20 Millionen für das folgende. Nach dem Plan sollten 1958 150 Millionen Tonnen Kohlen gefördert werden, Mao verlangte 180 Millionen.

Parolen überfluten die chinesischen Massen: „England einholen und überholen!“ — „Größer, schneller, besser, wirtschaftlicher!“ — „Drei Jahre ununterbrochene Arbeit, um das Gesicht

Mao schafft eine eigene Methode

Die 200 Millionen Russen stehen auf derselben Stufe wie die 175 Millionen Amerikaner. Wenn sich das Problem des Einsatzes von Arbeitskräften zu Beginn der Industrialisierung stellt, muß man schnell zur Mechanisierung, dann zur Automatisierung übergehen, um mit weniger Arbeitskräften mehr zu erzeugen. Für China stellt sich das Problem umgekehrt; es muß 650 Millionen Chinesen Arbeit geben. Das ist eine ernsthafte Schwierigkeit, aber darin liegt auch eine beachtliche Stärke; es bevorzugt die Industrialisierung durch kleinere Einheiten, wobei es viel mehr Arbeitskräfte benötigt, als sie in automatisierten Betrieben gebraucht werden, die viel mehr Kapital, viel mehr Techniker, aber weniger Arbeiter erfordern.

B o d e n s c h ä t z e in ausgedehnten Lagen die sehr ergiebig sind und mit anderen Bodenschätzen zusammen vorkommen, erlauben den Aufbau großer Industriezentren, so z. B. Pittsburg in den Vereinigten Staaten, die Ruhr in Europa und Magnitogorsk in der UdSSR. China dagegen hat nur Vorkommen geringerer Ergiebigkeit. Mit Ausnahme der Mandschurei sind die Kohle- und Eisenerzvorkommen über das ganze Land verstreut. Kleinere Einheiten sind rentabler als große Kombinate. Die UdSSR konnte dank ihrer äußerst reichen Goldminen von 1930 an beträchtliche Einfuhren von Grundstoffen und Investitionsgütern finanzieren. China dagegen hat nichts Entsprechendes und kann nur mit seinen Überschüssen aus der Agrarproduktion rechnen, um ein Einfuhrprogramm zu finanzieren.

Die **L a n d w i r t s c h a f t**, wenig geachtet und in ihrer Bedeutung immer mehr zurückgedrängt, hat in den Vereinigten Staaten und in

Chinas in den meisten Bereichen zu ändern!“ — Und schließlich der Gipfel der Wünsche: „20 Jahre zusammengedrängt in einem einzigen Tag!“

Von da an ist die Verwirrung unter den chinesischen Führern zu Ende; sie fühlen, daß die einzige Lösung die Flucht nach vorn ist, sie suchen ihr Heil in ihr auf Biegen oder Brechen.

Die These von der Beschleunigung gewinnt allmählich in den Führungskreisen des chinesischen Regimes an Boden. Am 5. Mai 1958 wählte Liu Schao-Tschi, der Theoretiker der Partei, auf dem 8. Parteitag der kommunistischen Partei diese These zu seinem Thema: *„Die Schnelligkeit des sozialistischen Aufbaus ist das wichtigste Problem seit dem Siege der Revolution. Die Festigung des sozialistischen Staates fordert die höchstmögliche Beschleunigung des Aufbaus.“*

Was die chinesischen Führer nicht erwähnen, ist die Tatsache, daß sie sich, um diese Verbesserungen zu erreichen, nicht mehr auf das sowjetische Beispiel stützen können.

Trotz des revolutionären Charakters, den wir den sowjetischen Methoden zuweisen, sind sie für die chinesische Wirtschaft und den Ehrgeiz ihrer Führer noch viel zu konventionell.

In der Sicht Mao Tse-tungs hat die sowjetische Wirtschaft alle Aspekte einer westlichen.

Europa die Kosten der Industrialisierung tragen müssen, ebenso auch in der UdSSR. Fortwährend mußte das Land Arbeitskräfte an die Industriestädte abgeben. Für das sowjetische Regime, das sich auf das Industrieproletariat stützte, war dieser Vorgang ein Moment der Politik. Mao, der Bauer, kann die Landwirtschaft nicht opfern, sie ist im Gegenteil seine wirksame Waffe. Auch weigert er sich, die Städte weiter wachsen zu lassen. Er hat ihnen als Maximum die Grenze von drei Millionen Einwohnern gesetzt; die Industrie, so hat er entschieden, soll direkt auf dem Lande aufgebaut werden. Das ist geradezu der Wesenskern des revolutionären Systems der Volkskommune.

Die Vereinigten Staaten, Europa und ebenso die UdSSR stehen nicht unter **Z e i t d r u c k**. Obwohl es so aussieht, ist das Anwachsen der Bevölkerung nicht so bedrohlich, wie es in China der Fall ist.

Aus all diesen Gründen kann sich Mao Tse-tung nicht auf die sowjetischen Methoden stützen. Er ist dabei, die Grundlagen einer eigenen chinesischen Methode zu erarbeiten, die, wenn sie Erfolg hat, gewaltige Auswirkungen auf alle süd-ostasiatischen Länder haben kann.

Während China in der Gefahr schwebt, von der Masse der Menschen erdrückt zu werden, bedient sich Mao ihrer, um aus ihr eine Waffe zu schmieden. Man glaubte, daß er Angst vor der Arbeitslosigkeit hätte, aber im Gegenteil, durch das System der Volkskommunen erzielt er noch ein Mehr an Arbeitskräften. Während in der Unsicherheit der Hundert Blumen-Periode eine Politik der Geburtenbeschränkung verfolgt und stark propagiert wurde, ist heute die Bevölkerungspolitik erheblich vielschichtiger ge-

worden. Der Urheber der Maßnahmen für die Geburtenkontrolle ist lebhaft kritisiert worden und man weiß noch nicht, ob die von ihm angepriesene Politik noch lange verfolgt wird. Hierzu erläutert gleichfalls der Bericht von Liu Schao-Tschi auf dem achten Parteikongreß der chinesischen Kommunisten die Einstellung der führenden Kreise; er weist die Schlüsse der Leute zurück, die „sich auf eine pessimistische

Sicht der Wachstumsmöglichkeiten der Landwirtschaft und der Nationalökonomie stützen“ und deshalb eine Politik der Geburtenbeschränkung predigen, und er fügt hinzu: *„Sie sehen nicht, daß die Menschen in erster Linie Produzierende sind und daß bei einer größeren Bevölkerung auch die Möglichkeit einer größeren Produktion gegeben ist.“*

Auf dem Industriesektor kann die chinesische Kapazität mit der Polens oder der Tschechoslowakei oder der Rußlands vom Jahre 1913 verglichen werden.

Auf dem militärischen Sektor ist China auch noch sehr schwach. Amerikanische Experten haben bei der Beschießung Quemoy's die außerordentliche Zielgenauigkeit der kommunistischen Batterien festgestellt. Ohne im Besitz der Atomwaffe zu sein, ist die chinesische Armee ein großes Infanterie-Herr — 5 Millionen in der regulären Armee, 70 Millionen, wenn man die örtlichen Milizen, die kürzlich im Rahmen der Volkskommunen geschaffen wurden, rechnet — und würde im Falle eines Konfliktes der UdSSR als der tonangebenden Militärmacht nur durch seine Zahl oder seine geographische Lage dienen können. Was die Unverletzlichkeit Chinas im Falle eines Atomkonfliktes angeht, so handelt es sich hier um ein reines Propaganda-Argument ohne eine reale Grundlage.

Bei dem augenblicklichen Stand der Dinge darf also der Westen sich nicht hypnotisieren lassen durch eine unmittelbar bevorstehende chinesische Drohung. China hat noch nicht die wirtschaftlichen und militärischen Mittel, seinen Willen wirksam dem Westen entgegenzusetzen. Aber die wirkliche Gefahr liegt keimhaft in der Revolution der Volkskommunen und der außerordentlichen Schnelligkeit der wirtschaftlichen Entwicklung, die sie begleitet, verborgen. Sicherlich handelt es sich noch um ein kühnes Spiel, denn nichts berechtigt zu der Annahme, daß die Massen, die vollständig in Brigaden erfaßt sind, das Regime, das ihnen auferlegt wurde, ertragen werden. Aber wenn dieses Spiel Erfolg hat, wird die chinesische Führungsgruppe einen solchen Ruhm daraus ziehen, daß nichts eine tiefgreifende Veränderung der Beziehungen Chinas zu den ausländischen Mächten, die UdSSR eingeschlossen, verhindern wird.

Die größte Arbeitskraft der Welt wirksam einsetzen

Indem Mao Tse-tung sich auf diese neue Konzeption stützt, entscheidet er, daß der Hebel der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas die Masse der Menschen ist; man müsse, so sagt er „die größte Arbeitskraft der Welt wirksam einsetzen“. Eine neue Investitionstheorie entwickelt sich: die alte Formel für Investitionen, bis heute von den kapitalistischen wie von den sowjetischen Wirtschaftlern anerkannt, lautet: Kapital + Material + Menschen, wird abgelöst von der chinesischen Formel: Arbeit + Arbeit + Arbeit. Den Chinesen gelingt es auf diese Weise den Bedarf an Kapital und Material auf ein Minimum herabzusetzen und somit den darin liegenden Engpaß zu überwinden. Von daher sind nennenswerte Resultate erzielt worden: man benötigt eine Milliarde Yen, um ein Hüttenwerk mit einer Jahreskapazität von einer Million Tonnen zu bauen; jetzt veranschlagt man hierfür nur 400 Millionen Yen. Desgleichen kostet eine Fabrik für Stickstoffdünger, die jährlich 50 000 Tonnen erzeugt, heute 60 Millionen Yen, während sie früher 130 Millionen kostete.

Als die große Umleitung des Jang-Tse-kiang auf einer Länge von 1 500 km durchgeführt wurde, brauchte man kein Material und kein Kapital. Tausende von Arbeitsbrigaden, die ihre Schaufeln auf den Schultern trugen und ihre Verpflegung im Brotbeutel, wurden von den

Genossenschaften und Kollektiven geschickt. Sogar die Russen, die doch für ihre Genügsamkeit bekannt sind, waren bei den großen Bauten in der Mandschurei mehr als einmal über die außerordentlichen Leistungen der Chinesen erstaunt: mit dem Material, das genau abgezählt für drei Hochöfen von der UdSSR geliefert worden war, bauten die Chinesen vier Hochöfen. Diese Technik ist heute auf ganz China ausgedehnt worden.

Diese gewaltige Anstrengung darf uns aber nicht vergessen lassen, daß China auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiete gegenwärtig noch schwach ist.

Trotz gewisser aufsehenerregender Erfolge, wie die letzte Ernte, die die optimistischsten Erwartungen übertroffen hat, oder der Fortschritt in der Stahlerzeugung des Jahres 1958, ist die wirtschaftliche Situation Chinas noch schwierig. Die wirtschaftliche Entwicklung hat große Engpässe auf den meisten Gebieten zu überwinden: so erfuhr man erst kürzlich, daß zahlreiche kleine Hochöfen ihre Fabrikation haben einstellen müssen, weil Schrott und Eisenerz nicht in ausreichender Menge zur Verfügung standen. Den Großteil der chinesischen Produktion stellt immer noch die Landwirtschaft, die 85 Prozent der Bevölkerung beschäftigt, die 80 Prozent der Grundstoffe für die Leichtindustrie liefert und die 75 Prozent der Auslandsexporte erzeugt.